Europäisches Parlament

Plenartagung

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 12. bis 15. Dezember 2016

[09-12-2016 - 09:50]

Jesidische Menschenrechtsaktivistinnen erhalten Sacharow-Preis 2016 3

Die Menschenrechtsaktivistinnen Nadia Murad und Lamiya Aji Bashar engagieren sich für die jesidische Gemeinschaft und machen auf das Schicksal der Frauen aufmerksam, die Opfer der sexuellen Versklavung durch die Terrormiliz "Islamischer Staat" geworden sind. Sie werden den Sacharow-Preis für geistige Freiheit des Europäischen Parlaments während einer feierlichen Sitzung am Dienstagmittag erhalten.

Bahnreisen soll besser werden: Parlament stimmt über weiteres Reformpaket ab 4

Am Mittwoch stimmt das Parlament über besseren Marktzugang beim inländischen Schienenpersonenverkehr und die Förderung neuer, besser funktionierender Dienste für die Bürger ab. Es geht um die sogenannte Marktsäule des vierten Eisenbahnpakets, das Bahnreisen in Europa neuen Schub geben soll.

Parlament will EU-Länder auffordern, keinen Hass gegen Migranten zu schüren 6

In einem Entschließungsentwurf zur Lage der Grundrechte in der EU fordern die Abgeordneten die EU-Mitgliedstaaten auf, „bei ihren Bürgern weder Furcht noch Hass gegenüber Migranten und Asylbewerbern zu schüren, um politisch davon zu profitieren“. Über den Text wird das Parlament am Dienstag abstimmen.

Parlament stimmt über Verschärfung bei Visafreiheit ab 7

Am Donnerstag stimmen die Abgeordneten über einfachere Möglichkeiten zur Rücknahme der Visafreiheit für Drittstaaten ab. Das entsprechende Aussetzungsverfahren kann durch einen Mitgliedstaat oder die EU-Kommission eingeleitet werden. Das Parlament konnte sich nach monatelangen Verhandlungen mit den EU-Mitgliedstaaten am 7. Dezember auf einen informellen Kompromiss einigen.

Debatte zum nächsten EU-Gipfel zu Brexit, Migration, Sicherheit, Russland, Jobs 8

In Vorbereitung auf das Treffen des Europäischen Rates am 15. Dezember werden die Abgeordneten am Mittwochmorgen eine Debatte zu den vorrangigen EU-politischen Themen Migration, Sicherheit, Wirtschaft, Jugend und auswärtige Beziehungen mit Vertretern von Rat und EU-Kommission abhalten.

Energieunion: Erste Debatte zum Paket “Saubere Energie“ am Dienstag 9

Die Abgeordneten werden mit dem für die Energieunion zuständigen Vizepräsidenten der EU-Kommission Maroš Šefčovič über ein Maßnahmenpaket debattieren, das den Übergang zu sauberer Energie für alle Europäer gewährleisten soll.

Abgeordnete fordern visafreien Zugang für USA und Kanada für alle EU-Bürger 10

Die Abgeordneten fordern, dass alle EU-Bürger das Recht haben sollten, ohne Visum in die USA und nach Kanada einzureisen, so wie Bürger der USA und Kanada, wenn sie in die EU reisen. Am Mittwoch werden sie die EU-Kommission dazu befragen, was sie vorhat, um vollständige Gegenseitigkeit im Visumbereich mit den beiden Ländern zu erreichen.

Gemeinsame Erklärung: EU-Institutionen wollen 2017 “substanzielle Fortschritte” 11

Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission wollen sich zu „substanziellen Fortschritten“ in wesentlichen Politikbereichen zugunsten der EU-Bürger verpflichten. Die Präsidenten der drei Institutionen werden diese Zusage am Dienstag in Form einer gemeinsamen Erklärung unterschreiben.

EU-Hafendienste: Mehr Transparenz bei Nutzungsentgelten und Beihilfen 12

Die Entgelte, die Reedereien für Hafendienste zahlen, sollen demnächst klarer gestaltet werden. Über entsprechende Vorschriften stimmt das Parlament am Donnerstag ab. Mit den neuen Regeln sollen zudem öffentliche Subventionen transparenter gemacht sowie eine hohe Qualität der Dienstleistungen für Hafennutzer gewährleistet werden.

Tiefsee-Fischfang: Abstimmung über neue 800-Meter-Grenze im Nordost-Atlantik 13

Empfindliche Tiefsee-Fischbestände sollen bald schonender befischt werden. Am Dienstag stimmt das Parlament darüber ab, ob Schleppnetze, die Fischer über den Meeresboden ziehen, im Nordost-Atlantik künftig nur noch in Tiefen von bis zu 800 Metern eingesetzt werden dürfen. Diese Netze können Umweltschäden am Meeresboden hervorrufen. Zudem sollen Fischer nur noch dort auf Tiefsee-Fang gehen dürfen, wo sie auch schon zwischen 2009 und 2011 aktiv waren.

Überarbeitung der Geschäftsordnung: Für mehr Transparenz im Parlament . . . 14

Die Abgeordneten werden am Dienstag über eine Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments abstimmen. Ziel ist, die Transparenz zu erhöhen. Zu den geplanten Änderungen gehören ein strengerer Verhaltenskodex für Mitglieder und schärfere Sanktionen bei Störungen der Arbeit des Parlaments.

Abgeordnete fordern EU-weite Unterstützung für Contergan-Opfer 15

Mehr als 50 Jahre nach dem Contergan-Skandal kämpfen die Opfer in mehreren EU-Ländern noch immer für eine angemessene Entschädigung. Am Mittwoch wird das Parlament mit Rat und Kommission darüber debattieren, was der aktuelle Stand der Dinge bei der Ausarbeitung von Maßnahmen zur fairen Unterstützung und Entschädigung der Opfer ist. Am Donnerstag stimmen die Abgeordneten über eine Entschließung zu dem Thema ab.

Weitere Tagesordnungspunkte 16

Armin WISDORFF	BXL: (+32) 2 28 40924 STR: (+33) 3 881 73780 PORT: +32 498 98 13 45 EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu
Michaela FINDEIS	BXL: (+32) 2 28 31141 STR: (+33) 3 881 73603 PORT: (+32) 498 98 33 32 EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu
Judit HERCEGFALVI	STR: (+33) 3 881 64025 PORT: (+49) 151 172 57 196
Huberta HEINZEL	STR: (+33) 3 881 74646 PORT: (+43) 676 550 3126

http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/plenary

Weitere Informationen

- Tagesordnung
- Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live
- Europarl TV
- Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live
- Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP (EN)
- EP Newshub
- EPRS Plenar-Podcasts

Jesidische Menschenrechtsaktivistinnen erhalten Sacharow-Preis 2016

Die Menschenrechtsaktivistinnen Nadia Murad und Lamiya Aji Bashar engagieren sich für die jesidische Gemeinschaft und machen auf das Schicksal der Frauen aufmerksam, die Opfer der sexuellen Versklavung durch die Terrormiliz "Islamischer Staat" geworden sind. Sie werden den Sacharow-Preis für geistige Freiheit des Europäischen Parlaments während einer feierlichen Sitzung am Dienstagmittag erhalten.

Um 12:30 Uhr, im Anschluss an die Preisverleihung, findet eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz statt.

Zu den Finalisten gehörten auch der türkische Journalist und ehemalige Chefredakteur der Tageszeitung Cumhuriyet, Can Dündar, sowie der langjährige Anführer der Krimtataren Mustafa Dschemilew, Dissident aus Sowjetzeiten und Abgeordneter im ukrainischen Parlament. Beide werden der Preisverleihung beiwohnen.

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit

Die Auszeichnung wurde 1988 zu Ehren des russischen Wissenschaftlers und Menschenrechtsaktivisten Andrej Sacharow (1921–1989) ins Leben gerufen. Bei dem Sacharow-Preis handelt es sich um die höchste Auszeichnung der Europäischen Union für Menschen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen.

Verfahren: Feierliche Sitzung und Preisverleihung am Dienstag, den 13. Dezember um 12:00 Uhr

Pressekonferenz: Dienstag, den 13. Dezember, 12.30-13.10 Uhr

#SakharovPrize @NadiaMuradBasee #LamiyaAjiBashar #Yazidi

Weitere Informationen

- Website des Sacharow-Preises
- Nadia Murad und Lamiya Aji Bashar: Gewinner des Sacharow-Preises 2016
- Sacharow-Preis 2016: Die Finalisten stehen fest
- Sacharow-Preis 2016: EU-Abgeordnete stellen die Nominierten vor
- Top story: Sacharow-Preis 2016
- Audiovisuelles Material zum Sacharow-Preis

Bahnreisen soll besser werden: Parlament stimmt über weiteres Reformpaket ab

Am Mittwoch stimmt das Parlament über besseren Marktzugang beim inländischen Schienenpersonenverkehr und die Förderung neuer, besser funktionierender Dienste für die Bürger ab. Es geht um die sogenannte Marktsäule des vierten Eisenbahnpakets, das Bahnreisen in Europa neuen Schub geben soll.

Die neuen Vorschriften sollen die Personenverkehrsdienste fördern, die hinter anderen Verkehrsmitteln zurückliegen, was die Anzahl der Passagiere betrifft. Auch Erhebungen zur Zufriedenheit der Kunden mit Zugreisen bringen eher gemischte Ergebnisse.

Die Reform auf zwei verschiedene Arten greifen.

Erstens, in Fällen, in denen die Behörden öffentliche Aufträge für Personenverkehrsdienste auf der Schiene vergeben, sollten wettbewerbliche Vergabeverfahren nach und nach zum Standard für die Auswahl von Dienstleistern werden.

Diese Aufträge, mit denen die Behörden in den EU-Ländern öffentliche Personenverkehrsdienste erbringen, machen den Großteil bei den Schienenpersonenverkehrsdiensten aus. Mit einem verbesserten Zugang zu diesem Markt sollte der Kunde stärker in den Mittelpunkt rücken und gleichzeitig die Kosten für die öffentlichen Finanzen gesenkt werden.

Aufträge können auch direkt vergeben werden, ohne Wettbewerb, aber unter der Bedingung, dass es Verbesserungen für Reisende geben muss.

Zweitens kann jedes Bahnunternehmen gewerbliche Dienste auf den Eisenbahnpersonenverkehrsmärkten in der EU anbieten. Um jedoch gewährleisten zu können, dass die Dienste, die durch öffentliche Aufträge erbracht werden, auch weiterlaufen, können die Mitgliedstaaten das Zugangsrecht eines neuen Betreibers auf bestimmte Linien einschränken.

Weitere Informationen zur Struktur des Eisenbahnverkehrsmarktes in der EU im Hintergrund-Paket zur Eisenbahnreform.

Debatte: Montag, den 19. Dezember

Abstimmung: Mittwoch, den 21. Dezember

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in zweiter Lesung

#4thRail

Weitere Informationen

- Empfehlungsentwurf hinsichtlich der Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste
- Empfehlungsentwurf bezüglich der Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste und der Verwaltung der Eisenbahninfrastruktur
- Empfehlungsentwurf zur Aufhebung der Verordnung über gemeinsame Regeln für die Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmen
- EP-Hintergrundinformationen: “The fourth railway package” (auf Englisch)
- EP-Hintergrundinformationen: “The 4th railway package” (auf Englisch)
- Eurobarometer: Zufriedenheit der Europäer mit Eisenbahndienstleistungen (2013, auf Englisch)
- Berichterstatter Wim van de Camp (EVP, NL)
- Berichterstatter David-Maria Sassoli (S&D, IT)
- Berichterstatter Merja Kyllönen (GUE/NL, FI)

- Audiovisuelles Material für Medienschaffende

Parlament will EU-Länder auffordern, keinen Hass gegen Migranten zu schüren

In einem Entschließungsentwurf zur Lage der Grundrechte in der EU fordern die Abgeordneten die EU-Mitgliedstaaten auf, „bei ihren Bürgern weder Furcht noch Hass gegenüber Migranten und Asylbewerbern zu schüren, um politisch davon zu profitieren“. Über den Text wird das Parlament am Dienstag abstimmen.

Die nichtbindende Resolution von Berichterstatter József Nagy (EVP, SK) spricht die größten Probleme im Hinblick auf die Grundrechte in der EU in 2015 an, insbesondere in den Bereichen Migration, Schutz von Kindern und im Online-Umfeld. Auch die Themen Freizügigkeitsrechte sowie lebensrettende Abtreibung finden besondere Erwähnung.

Menschenrechte weltweit

Das Plenum wird auch über Menschenrechte und der Demokratie weltweit im Jahr 2015 diskutieren, und über die entsprechende EU-Politik. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini wird in der Debatte am Dienstagnachmittag den Abgeordneten Rede und Antwort stehen. Der Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich steht am Mittwoch zur Abstimmung.

Debatte zur Lage der Grundrechte in der EU in 2015: Montag, den 12. Dezember

Abstimmung zur Lage der Grundrechte in der EU in 2015: Dienstag, den 13. Dezember

Pressekonferenz: Dienstag, den 13. Dezember um 14:30 Uhr mit Berichterstatter József Nagy (EVP, SK)

Debatte zum Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie 2015: Dienstag, den 13. Dezember

Abstimmung über den Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie 2015: Mittwoch, den 14. Dezember

Verfahren: Nichtlegislative Entschließungen

#fundamentalrights #HumanRights #democracy #humanrights

Weitere Informationen

- Entschließungsentwurf zur Lage der Grundrechte in der EU 2015
- Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss zur Lage der Grundrechte in der EU (17.11.2016, auf Englisch)
- Berichterstatter József Nagy (EVP, SK)
- Merkblatt zu den Verfahrensschritten
- EP-Hintergrundinformationen: „Grundrechte in der Europäischen Union - Die Rolle der Charta nach dem Vertrag von Lissabon“
- Berichtsentwurf zum Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt und die Politik der EU in diesem Bereich
- Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss über den Jahresbericht über Menschenrechte (14.11.2016, auf Englisch)
- Berichterstatter für den Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt 2015: Josef Weidenholzer (S&D, AT)
- Merkblatt zu den Verfahrensschritten über den Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt 2015
- Audiovisuelles Material für Medienschaffende

Parlament stimmt über Verschärfung bei Visafreiheit ab

Am Donnerstag stimmen die Abgeordneten über einfachere Möglichkeiten zur Rücknahme der Visafreiheit für Drittstaaten ab. Das entsprechende Aussetzungsverfahren kann durch einen Mitgliedstaat oder die EU-Kommission eingeleitet werden. Das Parlament konnte sich nach monatelangen Verhandlungen mit den EU-Mitgliedstaaten am 7. Dezember auf einen informellen Kompromiss einigen.

Die Regelung bereitet den Weg für visafreies Reisen für die Ukraine und Georgien. Nach den neuen Vorschriften kann die Reisefreiheit bei übermäßigem Missbrauch leichter wieder ausgesetzt werden - zum Beispiel dann, wenn die Visumfreiheit eine deutliche Zunahme der illegalen Einwanderung zur Folge hat.

Debatte: Mittwoch, den 14. Dezember

Abstimmung: Donnerstag, den 15. Dezember

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

#visa #Ukraine #Georgia

Weitere Informationen

- Pressemitteilung (8.12.2016, auf Englisch)
- Berichterstatter Agustín Díaz de Mera García Consuegra (EVP, ES)
- Merkblatt zu den Verfahrensschritten
- Audiovisuelles Material für Medienschaffende

Debatte zum nächsten EU-Gipfel zu Brexit, Migration, Sicherheit, Russland, Jobs

In Vorbereitung auf das Treffen des Europäischen Rates am 15. Dezember werden die Abgeordneten am Mittwochmorgen eine Debatte zu den vorrangigen EU-politischen Themen Migration, Sicherheit, Wirtschaft, Jugend und auswärtige Beziehungen mit Vertretern von Rat und EU-Kommission abhalten.

Die EU-Staats- und Regierungschefs werden in Brüssel am Donnerstag zusammenkommen. Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz hält dort zur Eröffnung des EU-Gipfels um 12:30 Uhr eine Ansprache.

Debatte: Mittwoch, den 14. Dezember

Verfahren: Erklärungen von Rat und EU-Kommission

#euco #migrationEU #Russland

Weitere Informationen

- Europäischer Rat, 15.12.2016 - Wichtigste Tagesordnungspunkte
- Audiovisuelles Material für Medienschaffende

Energieunion: Erste Debatte zum Paket “Saubere Energie“ am Dienstag

Die Abgeordneten werden mit dem für die Energieunion zuständigen Vizepräsidenten der EU-Kommission Maroš Šefčovič über ein Maßnahmenpaket debattieren, das den Übergang zu sauberer Energie für alle Europäer gewährleisten soll.

Der Vorsitzende des Energie-Ausschusses Jerzy Buzek begrüßte die Pläne der Kommission am 30. November und sagte: „Dieses Paket sollte uns dabei unterstützen, den Markt an die neuen Trends bei der Erzeugung, beim Verbrauch und bei der Einsparung von Energie anzupassen. Es sollte auch dazu beitragen, unsere Unabhängigkeit und Energiesicherheit zu steigern, indem wir alle einheimischen Energiequellen, einschließlich erneuerbarer Energien, effizient und nachhaltig nutzen.“

Das Parlament hat in der Vergangenheit bereits in zwei Entschließungen neue Vorschriften für „Saubere Energie“ gefordert.

Das Paket „Saubere Energie für alle Europäer“ besteht aus verschiedenen Gesetzesvorschlägen und drei Mitteilungen zu verschiedenen Themen.

Debatte: Dienstag, den 13. Dezember

Verfahren: Erklärung der EU-Kommission

#energyunion #EnergyUnion #EnergyEfficiency

Weitere Informationen

- Erklärung des Energieausschussvorsitzenden Jerzy Buzek (EVP, PL) zur Vorstellung des Pakets “Saubere Energie für alle Europäer” (auf Englisch)
- Video der Erklärung des Energieausschussvorsitzenden Jerzy Buzek (EVP, PL)
- Pressemitteilung der EU-Kommission: “Saubere Energie für alle Europäer – Wachstumspotenzial Europas erschließen” (30.11.2016)
- Audiovisuelles Material für Medienschaffende

Abgeordnete fordern visafreien Zugang für USA und Kanada für alle EU-Bürger

Die Abgeordneten fordern, dass alle EU-Bürger das Recht haben sollten, ohne Visum in die USA und nach Kanada einzureisen, so wie Bürger der USA und Kanada, wenn sie in die EU reisen. Am Mittwoch werden sie die EU-Kommission dazu befragen, was sie vorhat, um vollständige Gegenseitigkeit im Visumbereich mit den beiden Ländern zu erreichen.

Rumänische und bulgarische Bürger müssen für die Einreise nach Kanada ein Visum vorweisen. Allerdings soll diese Regelung nur bis Ende 2017 gelten. Die Vereinigten Staaten verlangen Einreisevisa von den Staatsangehörigen folgender Länder: Bulgarien, Kroatien, Zypern, Polen und Rumänien. Kürzlich eingeführte Vorschriften in den USA könnten auch Bürger aller Länder mit bestimmten doppelten Staatsangehörigkeiten betreffen.

Hintergrundinformationen

Im Jahr 2014 ist der Gegenseitigkeitsmechanismus im Visumbereich in Kraft getreten. Dieser Mechanismus leitet ein Verfahren zur Beendigung fehlender Gegenseitigkeit ein, sobald ein EU-Mitgliedstaat der Kommission über sie Mitteilung gemacht hat. Er sieht vor, dass die Kommission nach Zwischenschritten in dem Fall, dass das Drittland die Visumpflicht nicht binnen 24 Monaten ab der Veröffentlichung der Mitteilung aufgehoben hat, die Befreiung von der Visumpflicht für die Staatsangehörigen dieses Drittlands für einen Zeitraum von 12 Monaten vorübergehend aussetzt.

Infolge der Mitteilungen über fehlende Gegenseitigkeit vom 12. April 2014 hätte die Kommission vor Ablauf von zwei Jahren (also vor dem 12.4.2016) handeln müssen. Noch sind aber keine Maßnahmen erfolgt, um die Visumspflicht für US-amerikanische und kanadische Bürger wiedereinzuführen.

Debatte: Mittwoch, den 14. Dezember

Verfahren: Mündliche Anfrage an die Kommission

#visa

Weitere Informationen

- Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission
- EP-Pressemitteilung (12.10.2016, auf Englisch)
- Verordnung zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind
- Am 13. Juli 2016 veröffentlichte Mitteilung der Kommission über Folgemaßnahmen (auf Englisch)
- Audiovisuelles Material für Medienschaffende

Gemeinsame Erklärung: EU-Institutionen wollen 2017 “substanzielle Fortschritte”

Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission wollen sich zu „substanziellen Fortschritten“ in wesentlichen Politikbereichen zugunsten der EU-Bürger verpflichten. Die Präsidenten der drei Institutionen werden diese Zusage am Dienstag in Form einer gemeinsamen Erklärung unterschreiben.

Die gemeinsame Erklärung wird die Prioritäten festlegen, die für das Parlament, den Rat (EU-Minister, die zusammen mit dem Parlament die Gesetze aushandeln und verabschieden) und die Kommission (Vorschlagsrecht für EU-Gesetze) die größte Dringlichkeit besitzen.

Die drei Institutionen wollen sich zu “substanziellen Fortschritten” bei der Gesetzgebung in den Bereichen Beschäftigung, Wachstum und Investitionen, soziale Dimension der EU, Sicherheit, Migrationspolitik, digitaler Binnenmarkt und Energieunion verpflichten.

“Die Bürger Europas (…) erwarten von der Europäischen Union, dass sie wirklich etwas bewegt“, indem sie die größten, aktuellen „globalen, wirtschaftlichen, umwelt- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen anpackt“, so der Text der gemeinsamen Erklärung.

Dies ist das erste Mal, dass die EU-Institutionen eine gemeinsame politische Agenda festlegen. Die Fortschritte werden während des gesamten Jahres 2017 überwacht. Die Präsidenten der drei Institutionen werden sich im März, Juli und im November treffen.

Unterzeichnung: Dienstag, den 13. Dezember um 15:00 Uhr

Verfahren: Gemeinsame Erklärung

#EU2017

EU-Hafendienste: Mehr Transparenz bei Nutzungsentgelten und Beihilfen

Die Entgelte, die Reedereien für Hafendienste zahlen, sollen demnächst klarer gestaltet werden. Über entsprechende Vorschriften stimmt das Parlament am Donnerstag ab. Mit den neuen Regeln sollen zudem öffentliche Subventionen transparenter gemacht sowie eine hohe Qualität der Dienstleistungen für Hafennutzer gewährleistet werden.

Laut EU-Kommission bremst der Mangel an klaren Vorschriften zur öffentlichen Finanzierung der Hafeninfrastruktur und zu Nutzungsentgelten neue Investitionen in Häfen. Die neuen Regeln zielen darauf ab, die Häfen in der EU effizienter und für Investoren attraktiver zu machen. Der Seeverkehr soll für Fracht und Passagiere zu einer wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Alternative zum Straßentransport auf den überfüllten Straßen entlang der Küsten werden. Die Häfen in der EU beschäftigen rund 470.000 Menschen.

Der Ladungsumschlag und die Passagierdienste müssen ebenfalls den Vorschriften zur finanziellen Transparenz entsprechen. Für die Organisation dieser Hafendienste gilt jedoch weiter nationales Recht.

Debatte: Mittwoch, den 14. Dezember

Abstimmung: Donnerstag, den 15. Dezember

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

#portservices

Weitere Informationen

- Berichtsentwurf zur Schaffung eines Rahmens für den Zugang zum Markt für Hafendienste und die finanzielle Transparenz der Häfen
- Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss (12.10.2016, auf Englisch)
- Berichterstatter Knut Fleckenstein (S&D, DE)
- Merkblatt zu den Verfahrensschritten
- EP-Hintergrundinformationen: “EU port cities and port area regeneration” (November 2016, auf Englisch)
- EP-Hintergrundinformationen: “The liberalisation of EU port services” (Dezember 2016, auf Englisch)
- EU-Kommission: “One step closer to unleash full potential of seaports” (27.06.2016, auf Englisch)

Tiefsee-Fischfang: Abstimmung über neue 800-Meter-Grenze im Nordost-Atlantik

Empfindliche Tiefsee-Fischbestände sollen bald schonender befischt werden. Am Dienstag stimmt das Parlament darüber ab, ob Schleppnetze, die Fischer über den Meeresboden ziehen, im Nordost-Atlantik künftig nur noch in Tiefen von bis zu 800 Metern eingesetzt werden dürfen. Diese Netze können Umweltschäden am Meeresboden hervorrufen. Zudem sollen Fischer nur noch dort auf Tiefsee-Fang gehen dürfen, wo sie auch schon zwischen 2009 und 2011 aktiv waren.

Den Kompromisstext der Verordnung hat das Parlament bereits im Juni mit dem Rat vereinbart. Er enthält auch Vorschriften zum Schutz empfindlicher mariner Ökosysteme in Tiefen von mehr als 400 Metern.

Die Verordnung sieht auch die Einführung strengerer Überprüfungen vor Ort und transparenter Regeln für die Datenerhebung vor.

Debatte: Montag, den 12. Dezember

Abstimmung: Dienstag, den 13. Dezember

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in zweiter Lesung

#Deepsea #CFPreality #deepsea #fishing

Weitere Informationen

- Berichtsentwurf zur Befischung von Tiefseebeständen im Nordostatlantik
- Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat (30.06.2016, auf Englisch)
- Berichterstatterin Isabelle Thomas (S&D, FR)
- Merkblatt zu den Verfahrensschritten
- Hintergrundinformationen der Europäischen Umweltagentur
- EP-Hintergrundinformationen zur Tiefseefischerei (auf Englisch)
- Eurostat: Statistiken zum Fischfang
- Audiovisuelles Material für Medienschaffende

Überarbeitung der Geschäftsordnung: Für mehr Transparenz im Parlament

Die Abgeordneten werden am Dienstag über eine Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments abstimmen. Ziel ist, die Transparenz zu erhöhen. Zu den geplanten Änderungen gehören ein strengerer Verhaltenskodex für Mitglieder und schärfere Sanktionen bei Störungen der Arbeit des Parlaments.

Ab 2017 müssen Verhandlungsmandate für Kompromissgespräche mit dem Rat in erster Lesung vom Plenum verabschiedet werden. Die abgeänderten Vorschriften würden Berichterstattern auch ermöglichen, einen „legislativen Fußabdruck“ von EU-Lobbyisten an ihre Berichte zu hängen, damit bei den Beziehungen zwischen Abgeordneten und Interessenvertretern mehr Transparenz herrscht.

Auch die Erklärungen der finanziellen Interessen der Abgeordneten müssten unter den neuen Regeln ausführlicher gestaltet und geprüft werden.

Die überarbeitete Geschäftsordnung wird voraussichtlich am 16. Januar in Kraft treten.

Abstimmung: Dienstag, den 13. Dezember

Verfahren: Geschäftsordnung des Parlaments

#EP

Weitere Informationen

- Berichtsentwurf über die allgemeine Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments
- Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments
- Merkblatt zu den Verfahrensschritten
- Berichterstatter Richard Corbett (S&D, UK)

Abgeordnete fordern EU-weite Unterstützung für Contergan-Opfer

Mehr als 50 Jahre nach dem Contergan-Skandal kämpfen die Opfer in mehreren EU-Ländern noch immer für eine angemessene Entschädigung. Am Mittwoch wird das Parlament mit Rat und Kommission darüber debattieren, was der aktuelle Stand der Dinge bei der Ausarbeitung von Maßnahmen zur fairen Unterstützung und Entschädigung der Opfer ist. Am Donnerstag stimmen die Abgeordneten über eine Entschließung zu dem Thema ab.

Der Arzneistoff Thalidomid (Markenname: Contergan) wurde während der 1950er und 1960er Jahre zur Behandlung morgendlicher Übelkeit bei schwangeren Frauen vermarktet. Später erwies sich, dass er schwere Geburtsschäden verursachte. Die Tragödie betraf eine Reihe von Mitgliedstaaten. Die Opfer suchen noch immer nach einer Lösung, um die Kosten, die ihnen aufgrund ihrer gesundheitlichen und körperlichen Verfassung entstehen, zu decken.

Debatte: Mittwoch, den 14. Dezember

Abstimmung: Donnerstag, den 15. Dezember

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit Entschließung

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Bilanz des slowakischen Ratsvorsitzes, *Debatte Dienstag*

- Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (Artikel 36 EUV) - *Bericht: Elmar Brok, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*

- Handelsübereinkommen EU/Kolumbien und Peru (Beitritt Ecuadors) - *Empfehlung: Helmut Scholz, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*

- Gemeinsame Aussprache - Textilprotokoll mit Usbekistan, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*

- Insolvenzverfahren und Insolvenzverwalter - *Bericht: Tadeusz Zwiefka,Abstimmung Mittwoch*

- Rahmenabkommen EU/Algerien über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme Algeriens an den Programmen der Union - *Empfehlung: Pier Antonio Panzeri, Abstimmung Dienstag*

- Überarbeitung der Verordnung über Kinderarzneimittel, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag,*

- Abkommen über operative und strategische Kooperation zwischen Georgien und Europol - *Bericht: Claude Moraes, Abstimmung Mittwoch*

- Tätigkeit des Petitionsausschusses im Jahr 2015 - *Bericht: Ángela Vallina, Debatte und Abstimmung Donnerstag*

- Eine kohärente Politik der EU für die Kultur- und Kreativwirtschaft - *Bericht: Christian Ehler, Luigi Morgano, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*

- Arbeitsmarktreformen und Arbeitsbeziehungen in Griechenland, *Erklärungen von Rat und Kommission, Debatte Mittwoch*

- Abkommen EU/Norwegen über den gegenseitigen Zugang zum Fischfang im Skagerrak (Entschließung) - *Bericht: Jørn Dohrmann, Abstimmung Mittwoch*